

Ministerpräsident

Dr. Reinhold Maier

REINHOLD MAIER (1889–1971): BADEN-WÜRTTEMBERGS ERSTER MINISTERPRÄSIDENT

Reinhold Maier, um 1930 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 435)

Vor 50 Jahren, am 19. August 1971, starb Reinhold Maier in Stuttgart – *der Volksministerpräsident*, neben Gebhard Müller Vater des Südweststaats und die *letzte große Figur des traditionellen Liberalismus südwestdeutscher Prägung*, wie die „Stuttgarter Nachrichten“ in ihrem Nachruf schrieben.

Das Leben Reinhold Maiers ist in besonderer Weise von Höhen und Tiefen geprägt, sowohl im beruflichen wie auch im persönlichen Bereich. Die Windungen seines Lebens sind eng verknüpft mit den großen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Wie Angehörige seiner Generation erlebte er vier verschiedene staatlich-gesellschaftliche Phasen: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das nationalsozialistische Regime und die Nachkriegszeit.

Reinhold Maier kam am 16. Oktober 1889 als drittes Kind des Architekten und Bauunternehmers Gottlieb Maier und seiner Frau Anna Sophie Maier, geborene Kornbrust, in Schorndorf zur Welt. Sein Vater war ein „Firmengründer der ersten Generation“, ein strenger, unermüdlicher Arbeiter; als Demokrat gehörte er dem Gemeinderat an. Die Eltern boten ihren fünf Kindern eine behütete und materiell gesicherte Kindheit und ermöglichten nicht nur den beiden Söhnen, sondern auch den drei Töchtern eine qualifizierte Ausbildung, was zur damaligen Zeit keine Selbstverständlichkeit war.

Reinhold, der zweite Sohn, besuchte zunächst in Schorndorf die Lateinschule, bevor er 1902 auf das Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart versetzt wurde. Der Wechsel in die Landeshauptstadt markierte einen ersten großen Einschnitt im Leben des Heranwachsenden. Er wohnte nun, zusammen mit 12 anderen Jungen, in einer



Schülerpension und durfte nur an jedem vierten Wochenende nach Hause fahren. Seine Schulleistungen waren, wie er selbst bekannte, eher durchschnittlich.

Auf das Abitur im Jahr 1907 folgte ein erstes Semester an der Universität Grenoble; in den französischen Alpen entdeckte er seine besondere Leidenschaft für das Wandern, die ihn sein weiteres Leben begleiten sollte. Im Sommersemester 1908 schrieb er sich an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen ein, die er 1912 mit dem ersten Staatsexamen verließ. In Tübingen schloss er sich der Akademischen Gesellschaft „Stuttgardia“ an, wo er freundschaftliche, teilweise lebenslange Beziehungen knüpfte. Zahlreiche Bundesbrüder gehörten in den folgenden Jahrzehnten zu seinen engen Vertrauten, Mitarbeitern und Weggefährten.



Reinhold Maier als Vizefeldwebel, 1916 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 434)

Front, zum anderen die Erfahrung, jahrelang tun zu müssen, was einem nicht passte oder gar zuwider war.

Anfang November 2018 kehrte Maier nach Stuttgart zurück und nahm wenig später seinen Dienst als Referendar in Ravensburg wieder auf. Die Novemberrevolution und das Ende der Monarchie erlebte er in Stuttgart. Bereits 1912 war er in die Demokratische Volkspartei eingetreten, und im gesellschaftlichen Umbruch der Nachkriegszeit engagierte er sich für die liberale Sache in der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Nach seinem bestandenen Assessor-Examen wurde Maier hauptamtlicher Parteisekretär der DDP für Oberschwaben mit Sitz in Ravensburg. Förderung erfuhr er vom damaligen Landesvorsitzenden Conrad Haußmann, mit dessen Sohn Wolfgang ihn später eine enge Freundschaft verband.

Seine berufliche Laufbahn begann Reinhold Maier 1913 als Gerichtsreferendar beim Amtsgericht Schorndorf und ab 1914 am Landgericht Ravensburg. Dann sollte der Erste Weltkrieg für die folgenden vier Jahre seinen Berufsweg unterbrechen. Unmittelbar nach Kriegsausbruch meldete er sich als Kriegsfreiwilliger. Er war an den Fronten und Feldzügen in Russisch-Polen, Serbien, Belgien und Frankreich eingesetzt und lernte das Soldatenleben in zahlreichen Erscheinungsformen kennen: als Rekrut, Kanonier, Geschützführer, Ausbilder, Batterieoffizier und schließlich im Bataillonsstab. Die Erlebnisse als Soldat beeinflussten Reinhold Maier stark. Nach eigenem Bekunden waren insbesondere zwei Erfahrungen prägend für sein weiteres Leben: zum einem die Kameradschaft an der

Nachdem die DDP bei der Landtagswahl im Juni 1920 empfindliche Verluste eingefahren hatte, gab Reinhold Maier sein Parteiamt auf, zog in die Landeshauptstadt und trat in die renommierte Rechtsanwaltskanzlei Löwenstein/Kiefe ein, wo er zehn Jahre tätig sein sollte. Sein berufliches Engagement ließ ihm nur wenig Zeit für parteipolitische Aktivitäten, aber er hielt Kontakt zu der Ortsgruppe und der Landesorganisation der DDP. Gegen den Widerstand von Frauengruppe und Jungdemokraten übernahm er 1924 den Vorsitz der Ortsgruppe Groß-Stuttgart,



Glückwunsch von Freunden für Reinhold Maier zur Ernennung zum Wirtschaftsminister, Collage, 1930 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 413)

1929 rückte er in den Landesvorstand vor.

Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen trat Maier im Januar 1930 in das relativ weit rechts orientierte württembergische Kabinett Bolz-Bazille als Wirtschaftsminister und einziger Vertreter seiner Partei ein. Er profilierte sich als „Wirtschaftsmaier“ und versuchte, die Wirtschaft durch öffentlich finanzierte Notstandsprogramme zum Ausbau der Infrastruktur anzukurbeln und damit der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Ein weiteres Kennzeichen seiner Politik war ein ausgeprägter Föderalismus. Mit dem erzwungenen Abgang der Regierung Bolz-Bazille infolge der NS-Machtübernahme auch im Land schied Maier am 15. März 1933 aus dem Amt aus.

Neben seinem Ministeramt wirkte Reinhold Maier auch als Parlamentarier. Im April 1932 zog er in den württembergischen Landtag ein, im November desselben Jahres wurde er zusätzlich Mitglied des Reichstags. Bei der letzten (nur noch bedingt) freien Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde er zusammen mit vier Kollegen, darunter Theodor Heuss, auf der Liste der Staatspartei, wie die DDP seit 1930 hieß,

noch einmal in den Reichstag gewählt. Obwohl er im vorausgehenden Wahlkampf erleben musste, wie rücksichtslos die Nationalsozialisten im Kampf um die ungeteilte Macht vorgehen, bewahrte ihn diese Erfahrung nicht vor einer gravierenden Fehleinschätzung. Er setzte durch, dass die Abgeordneten der Staatspartei in der entscheidenden Reichstagsitzung vom 23. März 1933 dem sogenannten Ermächtigungsgesetz zustimmten. Darüber hinaus gab er im Plenum eine verfehlte Erklärung ab. Damit lud er sich und seiner Partei eine schwere Hypothek auf, die ihm nach 1945 noch Probleme bereiten sollte. Als 1947 sein Verhalten in einem Spruchkammerverfahren und einem Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags kritisch durchleuchtet wurde, bemühte er sich, mit wechselnden Argumenten, das „Ja“ zum Ermächtigungsgesetz zu rechtfertigen.

Im Juli 1933 wurde Maier das Reichstagsmandat aberkannt. Danach arbeitete er wieder als Anwalt in eigener Rechtsanwaltspraxis in Stuttgart. Mehrfach wurde seine Familie von den Nationalsozialisten drangsaliert. Maier hatte erst spät, fast schon im „Schwabenalter“, geheiratet.



Die württembergische Staatsregierung 1932. Stehend von rechts Reinhold und Gerta Maier, daneben Staatspräsident Eugen Bolz, ganz links stehend Kultminister Wilhelm Bazille (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 435)



Das Ehepaar Gerta und Reinhold Maier, um 1930
(HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 435)

Seine um 13 Jahre jüngere Frau Gerta (Gertrud) Goldstein entstammte einem bildungsbürgerlichen, jüdisch-assimilierten Elternhaus und hatte eine für diese Zeit vergleichsweise umfassende Ausbildung erfahren. 1929 wurde die Tochter Magda, 1933 der Sohn Georg geboren. Als nach der Reichspogromnacht im November 1938 die Gefahr wuchs, beschloss die Familie die Trennung. Gerta Maier und die beiden Kinder verließen im August 1939 Deutschland und suchten Zuflucht in England. Um weiterhin als Rechtsanwalt arbeiten zu können, willigte Reinhold Maier im Juli 1943 in die Auflösung der Ehe ein. Auch um ihn zogen sich gegen Ende des Krieges die Kreise immer enger. Einem Zugriff der Polizeileitstelle Stuttgart noch im März 1945 konnte er sich durch Untertauchen im oberen Jagsttal entziehen. Dort erlebte er auch das Ende des Krieges.

Am Tag der Kapitulation trat Maier zunächst als unbezahlter Assistent in die Dienste des Landrats von Schwäbisch Gmünd ein. Da die amerikanische Militärregierung seine ausgeprägte Kompetenz in Wirtschaftsfragen bald erkannte, berief sie ihn im September 1945 zum Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden. Als einziger der von den Amerikanern nach Kriegsende eingesetzten Regierungschefs behielt Maier sein Amt auch nach der ersten Landtagswahl vom November 1946.

Als Ministerpräsident zunächst eines Allparteienkabinetts aus CDU, SPD, FDP und (bis 1948) KPD setzte sich Maier vor allem für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, die Sicherung der Ernährung und die schnelle Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen ein. Ein Hauptaugenmerk richtete er darüber hinaus von Beginn an auf eine weitere Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Ein besonderes Anliegen war ihm die Überwindung der Zonengrenzen und die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Im August 1948 lud Maier die Regierungschefs der zur französischen Zone gehörenden Länder (Süd-)Baden und (Süd-)Württemberg-Hohenzollern,

Leo Wohleb und Gebhard Müller, zu einer Konferenz auf den Hohenneuffen ein, um eine Annäherung der konträren Standpunkte zur künftigen Ordnung der drei südwestdeutschen Länder zu erreichen. Doch diese Initiative wie auch weitere Bemühungen scheiterten am hartnäckigen Widerstand Wohlebs, der vehement für die Wiederherstellung der alten Länder eintrat. Dreh- und Angelpunkt in den Verhandlungen der Regierungschefs war die Frage der Stimmenzählung bei der Abstimmung über die zukünftige Länderordnung, das heißt ob man nach den alten Ländern, um deren mögliche Wiederherstellung es ging, zählen sollte, oder nach den neuen Ländern, dabei aber Nordwürttemberg und Nordbaden getrennt. Erst als Gebhard Müller seine bisherige Vermittlerrolle aufgab und es gelang, ein Bundesgesetz durchzusetzen, dass die Auszählung nach vier Stimmbezirken vorschrieb und die Mehrheit von Stimmbezirken zur Grundlage machte, war der Weg frei. Die Abstimmung am 9. Dezember 1951 brachte die erforderliche Mehrheit für den Südweststaat.



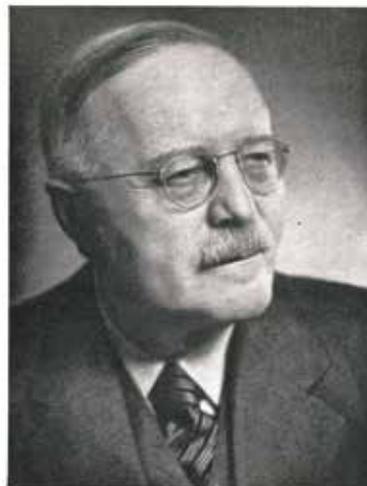
Reinhold Maier mit seinen Kindern Magda und Georg,
Frühjahr 1939 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 441)

Gegen Ende der ersten Legislaturperiode des württembergisch-badischen Landtags kamen zunehmend Spannungen auf zwischen Maier und der CDU, welche die größte Fraktion stellte. Als die CDU bei der zweiten Landtagswahl Ende 1950 eine herbe Niederlage erlitt und aus der Regierung ausschied, bildete Maier 1951 ein neues Kabinett nur aus FDP und SPD, das bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg im Frühjahr 1952 mit beachtlicher Effizienz arbeitete.

Nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung im März 1952 verhandelten alle Parteien über mögliche Koalitionen. Obwohl die CDU stärkste politische Kraft geworden war, schloss Reinhold Maier sie bei der Bildung der ersten Landesregierung für den neuen Südweststaat von jeder Mitwirkung aus und formierte eine Regierung aus FDP, SPD und BHE. Am 25. April 1952 wurde er mit 64 von 120 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Als er noch in derselben Sitzung sein neues Kabinett präsentierte, war nach den Bestimmungen des Neugliederungsgesetzes das neue Bundesland gebildet. Die Überrumpelung der CDU mündete in tumultartigen Auseinandersetzungen.

Allerdings war Maier keine lange Regierungszeit mehr beschieden. Er geriet in heftige Strudel, als er – mit Rücksicht auf eine Wiedervereinigung Deutschlands – versuchte, gemeinsam mit den SPD-regierten Ländern das Kernstück der Adenauerschen Außenpolitik, den Deutschlandvertrag und den Vertrag über den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), zu Fall zu bringen. Unter massivem Druck der Bundesregierung und der Bundes-FDP musste er in dieser Frage schließlich doch einlenken und die Verträge passieren lassen. Die Landes-SPD fühlte sich dadurch brüskiert, Justizminister Viktor Renner trat von seinem Amt demonstrativ zurück. Das Ende der Ära Maier in Baden-Württemberg war damit eingeleitet. Nach der Bundestagswahl erklärte Maier am 30. September 1953 offiziell seinen Rücktritt und machte den Weg frei für die CDU und eine Allparteienkoalition unter Führung von Gebhard Müller.

Von 1953 bis 1956 und 1957 bis 1959 gehörte Reinhold Maier dem Deutschen Bundestag an. Beide Male legte er das Bonner Mandat aus freien Stücken vorzeitig nieder. Er zählte nicht zu den großen Rednern im Bundestag und Bundesrat und trat auch nicht besonders hervor. Als sich aber die FDP Ende 1956 in einer kritischen Lage befand, erhoffte man sich vom Ansehen und der Integrationskraft Maiers die Rettung und wählte ihn im Januar 1957 zum Bundesvorsitzenden. Bei der Bundestagswahl



Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier

Mit seiner Person
stellen wir über den Wahlvorschlag Nr. 3 der Wählerschaft
des Wahlkreises Waiblingen II

einen Heimatkandidaten

in des Wortes schönster und wahrster Bedeutung zur

Landesversammlungswahl am 9. März 1952

Plakat zur Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung
am 5. März 1952 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 111)

1957 trat er als Spitzenkandidat auf. Nach dem triumphalen Wahlsieg Adenauers mit absoluter Mehrheit resignierte er zusehends. Im Januar 1960 löste Erich Mende den mittlerweile 71-jährigen im Bundesvorsitz der FDP ab. Maier behielt als Ehrenpräsident jedoch auf Lebenszeit Sitz und Stimme im Bundesvorstand.

Die letzten Jahre seiner politischen Tätigkeit widmete Maier wieder stärker dem Stuttgarter Landtag, dem er ununterbrochen von 1946 bis 1964 angehörte. Als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Wasser und Verkehr, danach als Vorsitzender des Ausschusses für Verwaltung und Wohnungsbau setzte er sich unter anderem weiterhin für den Ausbau der Verkehrswege ein.

Reinhold Maier war ein sehr erfolgreicher Landespolitiker mit großer Ausstrahlung. Sein Erfolg beruhte auf *einer unnachahmlichen Mischung von Bodenhaftung und weiter Perspektive, von Volksnähe und dem Regierungsnimbus, von Pragmatismus und Treue zu den einmal gewonnenen liberalen Überzeugungen* (Klaus-Jürgen Matz). Bleibende Verdienste hat er sich nicht nur als ein Vater des Südweststaats, sondern vor allem als weit vorausschauender Wirtschaftspolitiker erworben. (Lit.: Reinhold Maier 1889–1971. Katalog zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, 1989; Paul Sauer, In stürmischer Zeit. Lebensbild des Menschen und Politikers Reinhold Maier, 1989; Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, 1989)

Nicole Bickhoff